

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 12000 Mark. Einzelne Nummern 500 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 1000 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 2000 M.,
unter Eingehalt 3000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzspalten auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 155

Freitag, 6. Juli

1923

Die Suche Baldwins nach dem Kompromiß.

Die Besprechungen zwischen London und Paris, ebenso der Kabinettsrat der englischen Regierung haben bisher zu keinem Ergebnis geführt und dürften jedenfalls auch vorläufig eine Entscheidung nicht ermöglichen. Frankreich denkt im Bewußtsein seiner Stärke vorläufig nicht daran, die Idee der Besetzung des Ruhrgebietes bis zur endgültigen Zahlung der deutschen Reparationsleistungen aufzugeben, während die englische Regierung angeblich kurzzeit noch genaue Angaben über die Art einer stufenweisen Räumung, wie sie auch vom Papst verlangt wurde, fordert. In der Tat scheint dieser Gegenstand, wie ein Teil der französischen Presse aus guten Gründen behauptet, unüberwindlich. Wenn trotzdem die Drohungen der englischen Presse mit einer Sonderaktion Englands letzterer geworden sind, obwohl die italienische Regierung inzwischen offiziell zu verstehen gegeben hat, daß sie sich der Politik des Kabinetts Baldwin im wesentlichen anschließt, dann beweist das, daß man in England die Vermählung zu einem Kompromiß wenigstens vorläufig nicht aufgeben will. Die Unterdrückung Englands durch Italien dürfte aber Frankreich auch kaum von seinem bisherigen Standpunkt wesentlich abbringen. Poincaré kennt seine Kräfte ganz genau, er weiß, daß die Kraft der englischen Regierung im Augenblick nur in der Moral liegt, und er hofft, daß eine Wirkung dieses moralischen Druckes erzielt werden wird, wenn Deutschland bereits der Kapitulation nahe ist. Die Differenzen über die Lösung des Ruhrkonfliktes innerhalb der englischen Regierung werden ihm sicherlich auch in der Auffassung bestärken, daß England ihm trotz seiner jetzigen Haltung einmal doch Zuzug in grundsätzlichen Fragen machen wird.

Wir haben nie große Hoffnungen auf eine englische Intervention gesetzt, weil sie schon auf Grund der gegenwärtigen Konstellation in Europa lediglich zu einem Kompromiß führen kann, das auf Kosten Deutschlands ausgetragen wird.

Die Lage ist unverändert.

Paris, 6. Juli.

Nach dem „Parisien“ ist die Lage des Meinungsanstausches zwischen London und Paris unverändert. Das Blatt sagt, daß Belgien, nach Befriedigung der inneren Krise, sich nunmehr aktiver mit dem änderen Problem beschäftigen wird, um die baldigste Annäherung zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Die Lage Belgiens hat sich inzwischen verschlechtert. Als Beweis dafür führt der belgische Franko gegenüber dem englischen Fund und dem französischen Franko.

Frankreich will Zeit gewinnen.

Paris, 5. Juli.

Die Erklärungen des Quai d'Orsay zu den letzten Londoner Verhandlungen veranlassen kaum das französische Ziel zu verhalten, durch die Londoner Verhandlungen Zeit zu gewinnen, ohne sich irgendwie festzulegen und ohne die Alliierten zu sehr zu belasten. Den Standpunkt der französischen Regierung gibt Poincaré sehr treffend wieder, der sagt, eine Annäherung zwischen dem englischen und französischen Standpunkt sei nicht zu erwarten, „ehe der Zusammenbruch der jetzigen deutschen Politik eine vollzogene Tatsache sei. Frankreich werde zu einer Verständigung mit England erst gelangen können, wenn seine Reparationspolitik triumphiert habe. Bis dahin könne es nicht weiter tun, als der Entente cordiale den nötigen Sauerstoff für die Zeit bis zum französischen Siege zuzuführen. Das Ziel ist also nicht, zu einer Vereinbarung mit England zu gelangen, sondern Zeit zu gewinnen, ohne England auf dem Weg der Sonderverhandlungen zu treiben.“

Nach einer Mitteilung des Quai d'Orsay beabsichtigt Ministerpräsident Poincaré nicht, die englischen Fragebogen durch ein umfassendes Memorandum zu beantworten.

Um die Verhandlungen zu fördern, werde er schriftliche Erklärungen über Einzelheiten liefern. Welche Punkte in dieser Art erläutert werden sollen, wird nicht gesagt, doch ist nach den Redungen der Morgenzeitungen nicht anzunehmen, daß es sich um die Frage des passiven Widerstandes und der späteren Organisation der Besetzung handeln könnte, deren Wichtigkeit in England sehr stark empfunden wird, während der offizielle französische Kommentar versucht, über die Voraussetzungen jeder Weiterverhandlung hinwegzugehen.

Die Geduld der Engländer nahezu erschöpft.

London, 5. Juli.

Bei Untersuchung der Frage, ob die französisch-englischen Besprechungen wieder aufgenommen würden, schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“: Die Wiederaufnahme könne nur auf der Grundlage erfolgen, daß durch die hier ungewöhnliche Antwort auf die Fragen Großbritanniens Klarheit über die geplante Dauer und die abgeänderte Form der französischen Besetzung seitens Frankreichs geschaffen würde. Im Laufe der letzten Besprechungen habe Lord Curzon auch zu verstehen gegeben, daß die Geduld des britischen Parlamentes und der Nation nahezu erschöpft sei. Er habe auch den Fall angedeutet, daß die britische Regierung, wenn auch mit Widerstreben, genötigt sein könnte, unabhängig vorzugehen, wenn die Franzosen sich weigern sollten, ihren Standpunkt zu verlassen. Das englische Angebot sei noch immer in Kraft. Die „Times“ schreiben: Es sei zwecklos, zu behaupten, daß ein ernstlicher Fortschritt hinsichtlich der Angleichung des belgisch-französischen und des britischen Standpunktes gemacht worden sei. Die britische Politik müsse vom nationalen Interesse bestimmt werden. Es müsse unbedingt die Wiederherstellung des internationalen Handels verlangt werden. England könne sich nicht auf eine Politik glänzender Isolierung beschränken; denn es sei viel zu

sehr mit den Angelegenheiten des Kontinents verknüpft.

Das Blatt schließt mit einem Aufruf an Frankreich, an das Schicksal Europas zu denken, für das Frankreich und England zu sehr verantwortlich seien, als daß die Probleme des Augenblicks, wie ernst sie auch seien, die Zukunft Europas beeinträchtigen könnten. — „Daily News“ sagt in einem Leitartikel, wenn Poincaré nicht in der Lage sei, seine Auffassung zu ändern, dann sei es besser, die britische Regierung gehe ihren Weg allein und verhandle mit Deutschland unmittelbar. Wir wissen allerdings nicht, sagt das Blatt, ob die Lage dadurch sofort gebessert würde, aber wir würden aus einer Lage befreit werden, die nicht nur demütigend, sondern auch einfach sinnlos ist.

Ein Reparationsplan Mac Kennas.

London, 6. Juli.

Die „Financial News“ teilen einen Reparationsplan des kürzigen Schatzkanzlers Mac Kennas mit, der in Anwendung kommen soll, wenn eine Einigung zwischen Frankreich und England nicht möglich ist. Der Artikel des Blattes trägt die Überschrift: „Mac Kennas' Ansichten über die Reparationen“ und hat folgenden Inhalt:

Sollte es keine Hoffnung mehr auf ein Kompromiß mit Frankreich geben, dann würde die englische Regierung eine internationale Konferenz einberufen, die den Betrag festzustellen hätte, den Deutschland vernünftigerweise zahlen könnte. Auf dieser Konferenz würden die Alliierten, die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland und die führenden neutralen Mächte vertreten sein. Frankreich würde die Wahl gelassen, ob es einen Vertreter oder einen bloßen Beobachter auf die Konferenz entsenden wolle. Die Konferenz werde eine Kommission bekannter Sachverständiger ernennen, die den Höchstbetrag der deutschen Zahlungsverpflichtung festzusetzen habe. Auf der Grundlage des Kommissionsberichts soll dann

ein allgemeiner Plan für die Regelung der Reparationen und der alliierten Schulden ausgearbeitet werden. Wenn Frankreich seine eigene Methode, Deutschland zum Zahlen zu bringen, weiter verfolgen, dann werde es die Gefahr einer vollkommenen Isolierung laufen. Sollte Frankreich unbewegsam bleiben, dann werde der nächste Schritt Englands sein, sich mit den Vereinigten Staaten über die Bezahlung der französischen Schulden zu einigen. Es sei kaum anzunehmen, daß ein Land, dessen Stolz es seit der großen Revolution gewesen sei, daß es, trotz allen Niederlagen und Revolutionen, immer seine Verpflichtungen erfüllt, den Staatsbankrott erklären werde, indem es seine äußeren Schulden verlange. Wenn Frankreich trotzdem lieber seine Schulden nicht bezahlen als seine Forderungen an Deutschland herabsetzen wolle, dann werde der nächste Schritt England, Italien und der anderen Mächte sein, einen Sondervertrag mit Deutschland abzuschließen. Trotz der Besetzung des Ruhrgebietes werde Deutschland mit Hilfe einer gebührenden äußeren Unterstützung und nach einer gewissen Kampagne imstande sein, vernünftige Zahlungen zu leisten. Der französische Anteil an den deutschen Zahlungen werde dann zur Abdeckung der französischen Schulden an England und an die Vereinigten Staaten verwendet werden.

Pacelli's Verhandlungen mit dem Reichskanzler.

Berlin, 5. Juli.

Der Reichskanzler verhandelte auch gestern mehrfach mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli über die Sabotageakte an der Ruhr und die Möglichkeiten der Verhinderung dieser Missetaten. Die Regierung wird nach dem Abschluß der Verhandlungen, die für morgen erwartet werden, eine Erklärung veröffentlichen, in der sie ihre Mißbilligung über die Sabotageakte ausdrückt.

Wir bringen erneut die Erwartung zum Ausdruck, daß eine Mißbilligung mit gleichzeitiger Ankündigung von Strafen gegen die Attentäter erfolgt. Wie notwendig das ist, ergibt sich immer wieder aus den rechtsgerichteten Organen, die nach wie vor zu Thronmilitarismen auffordern und die Attentäter als Helden pfeifen. Die „Deutsche Zeitung“ geht sogar so weit, den Vertreter des Papstes anzugreifen, weil er es gewagt hat, die Reichsregierung auf politische Notwendigkeiten aufmerksam zu machen. Nach ihrer Ansicht wäre es dringender notwendig, daß aus Kreisen nationalgerichteter Katholiken sofort eine Rundgebung an die katholischen Kirchenführer Deutschlands erfolge mit der Bitte um schleunige Weitergabe an den Heiligen Vater. Die Rundgebung soll den Waktan davon in Kenntnis setzen, wie seine Parteinahme in katholischen Kreisen des deutschen Volkes empfunden wird. Wer sind die „katholischen Kreise“, welche die „Deutsche Zeitung“ zu vertreten angibt? Es dürfte in Deutschland kaum einen ehrlichen Katholiken geben, der die Sabotageakte nicht verurteilt und daher das Eingreifen des Papstes begrüßt.

Die sieben Todesurteile bestätigt.

Dortmund, 5. Juli.

Das Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf hat am Donnerstag die Revision der von dem Mainzer Kriegsgesicht zum Tode verurteilten sieben Deutschen und der gleichzeitig mit ihnen zu Zuchthaus bez. Gefängnis verurteilten Beschuldigten verworfen. Die kurze Verhandlung ging in Abwesenheit des Verteidigers der Angeklagten vor sich.

Die Tatsache, daß das Todesurteil gegen Goerges bisher nicht ausgeführt wurde, läßt in uns die Erwartung reifen, daß es auch in Zukunft nicht ausgeführt werden wird und ebenso die neuesten sieben Todesurteile nicht voll-

Ein polnischer Vorstoß im Völkerbundsrat.

Genf, 5. Juli.

Die Verhandlung der Danziger Angelegenheit in der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates führte zu einem sehr energischen Vorstoß des polnischen Vertreters gegen die vertragsmäßig festgesetzten Rechte der freien Stadt Danzig und gegen die Zuständigkeit des Völkerbundsrates. Die Debatte drehte sich um die zwischen Danzig und Polen im Jahre 1920 abgeschlossene Pariser Konvention zu Artikel 104 des Versailler Vertrages, den Polen in den Vordergrund zu rücken und einseitig auslegen scheint, um die Bestimmungen der polnisch-Danziger Konvention zu umgehen. Die Debatte drehte sich zweitens um die Zuständigkeit des Völkerbundskommissars in Danzig, an den sich laut Artikel 39 der Konvention Polen bei Unstimmigkeiten zu wenden hat, während es sich gegenwärtig direkt an den Völkerbund wendet, was erst nach erfolgter Annahme des Kommissars zulässig ist; und drittens um die allgemeinen Beziehungen zwischen Danzig und Polen, von denen polniseits ein völlig falsches Bild entworfen wurde, um daraus die Berechtigung zu einer Neuregelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten herzuleiten.

Der Berichterstatter des Völkerbundsrates, Quinones de Leon-Espanin, wie auch der Völkerbundskommissar in Danzig, Macdonald-England, traten entschieden dafür ein, daß sich Polen in Streitfällen und Klagen an den Völkerbundskommissar in Danzig zu wenden habe, wobei Mac-

donald insbesondere von Polen die Wahrung der ihm zustehenden Rechte verlangte und auf die Tatsache anspielte, daß die polnischen Vertreter in der letzten Zeit nicht mehr zu den gemeinsamen Sitzungen beim Völkerbundskommissar erschienen seien.

Der polnische Delegierte erhob in einer außerordentlich heftigen Rede zahlreiche maßlose Vorwürfe gegen Danzig und beschuldigte den Völkerbundskommissar, daß er sich mit seinen Einschüßungen in die innere Politik Polens hineinmische.

Präsident Cahm trat in kurzen maßvollen Darlegungen dem polnischen Vertreter entgegen und stimmte den von hoher Unparteilichkeit getragenen Ausführungen des Völkerbundskommissars zu. Besonders nachdrücklich protestierte er gegen die Mißachtung des Artikels 39 der Pariser Konvention, der ausdrücklich die Zuständigkeit des Völkerbundskommissars anerkennt.

Die von Polen eingeleitete direkte Aktion gegen Danzig und die zahlreichen Reklamationen bewiesen, wie dringend notwendig Danzig des Schutzes des Völkerbundes bedürfe.

Cahm bat um eine schnelle Entscheidung, die allen eine weitere Bergierung der polnisch-Danziger Beziehungen verhindern könne. Lord Robert Cecil hätte die Situation durch einige grundsätzliche Bemerkungen auf, die der polnische Vertreter nur teilweise beantworten konnte. Die Sitzung endete damit, daß der Präsident des Völkerbundsrates den Berichterstatter Quinones de Leon mit der Ausarbeitung des Textes einer Entschließung beauftragte, die morgen vorgelegt werden soll.